

Traumarbeitgeber öffentlicher Dienst

Unlängst war unter anderem in der Welt am Sonntag ein Umfrageergebnis zu bestaunen, welches dokumentiert, dass unter deutschen Schülern unser Staat als präferierter Arbeitgeber angesehen wird.

Zu diesem Ergebnis gelangte jedenfalls das Marktforschungsinstitut Trendence in einer aktuellen Umfrage unter 20.000 Schülern der Klassen 8 bis 13. Besonders Mädchen fühlen sich stark vom Staat als Dienstherr angezogen. Fast ein Drittel der befragten Mädchen wünschen sich, beim Staat arbeiten zu dürfen. Bei den Jungen sind es immerhin noch 21 Prozent.

Man wird annehmen dürfen, dass die Privilegien einer Beamtenlaufbahn bei der vorteilhaften Einschätzung des öffentlichen Dienstes durchaus eine Rolle gespielt haben. Auch wird den Schülern nicht entgangen sein, dass im Machtzentrum unserer Demokratie – dem Deutschen Bundestag – überwiegend Angehörige des öffentlichen Dienstes sitzen. Obendrein werden dort Spitzenpositionen häufig mit Frauen besetzt, denn die Frauenquote hat sich mittlerweile in nahezu allen Parteien durchgesetzt. Zudem werden die größten Parteien Deutschlands von Frauen gesteuert.

An Aufgaben im öffentlichen Dienst mangelt es nicht

Für den Staat und den öffentlichen Dienst ist dessen Attraktivität bei Schülern eine exzellente Nachricht. Die Wachstumsmaschine Staat blickt auf jahrzehnte-



lange Expansion zurück und plant auch für die kommenden Jahre, wie man den Beratungen für die kommenden Bundeshaushalte entnehmen kann, eine deutliche Ausdehnung seiner Aktivitäten. Ob Benzinpreis-Meldestelle, Mautgebühr, Deutsche Energie Agentur, Mietpreisbremse, Frauenquote, Finanztransaktionssteu-

er oder zuletzt das umfangreiche Migrationsmanagement – der Staat benötigt neue Mitarbeiter, um die zusätzliche Bürokratie zu bewältigen. Hinzu kommt noch, dass durch den Altersaufbau der Verwaltung tendenziell mehr Beschäftigte vor dem Ruhestand als Neueinsteiger zur Verfügung stehen. Da passt es gut, dass im Wettbewerb um den Nachwuchs der öffentliche Dienst in den Augen der Schülerschaft gut da steht.

Staatsgläubigkeit und ausgeprägte Transferneigung gehören zum guten Ton in Berlin. Wechsel aus der Wirtschaft in die Politik sind – anders als in Amerika – selten oder gar nicht zu beobachten; Umgekehrte Seitenwechsel jedoch häufiger, wie die Karriereentwicklung der Herren Merz, Schröder, Pofalla und zuletzt Gabriel zeigen.

Unterdessen kommt die deutsche Industrie nicht umhin dort zu investieren, wo die Wachstumsmärkte der kommenden Jahre vermutet werden, namentlich in Asien und zum Teil auch in Nordamerika. Die strukturelle

Wachstumsschwäche Europas und der demographische Altersaufbau in Deutschland werden zunehmend durch verschlechterte Standortbedingungen flankiert. Dabei ist an die hohe Abgabenquote ebenso zu erinnern wie an die übertriebene Regulierungsdichte (zum Beispiel MiFID II), die hohen Energiekosten, die Eigenkapitalfeindlichkeit sowie der täglich sichtbar werdende Mangel an hoch qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland.

Was bedeuten die Umfrageergebnisse für die freie Wirtschaft?

Wenn nun Schüler ihr Heil lieber im öffentlichen Dienst als in der

privaten Wirtschaft suchen, dann dürfte dies eine weitere zukünftige Erschwernis für die Unternehmen mit sich bringen. Vor allem die Präferenz von Freizeit und geregelter Arbeitszeit gegenüber höheren Gehältern macht es den Betrieben schwer, im Personalwettbewerb mit dem Staat zu obsiegen.

Auch die Erfüllung der staatlich verordneten Frauenquoten wird künftig erschwert, wenn Schülerinnen sich besonders zum Staat als Arbeitgeber hingeneigt fühlen. Gewiss liegt in der Umfrage auch ein Hinweis darauf versteckt, dass Mädchen trotz jahrelanger staatlicher Versuche der Umerziehung in der Berufswahl mitunter

andere Präferenzen als Jungen hegen. Hier muss folglich stärker gegengesteuert werden, denn die herrschende Meinung inkliniert augenscheinlich zu der Auffassung, Geschlecht sei nur ein kulturelles Konstrukt.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns